

Am 25. Oktober 2009

fand in Südtirol die **erste landesweite Volksabstimmung** statt. **114.884 Bürger und Bürgerinnen stimmten für das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie** des Bündnisses für mehr Demokratie mit über 40 Organisationen. Dies trotz Panikmache und Desinformation der Landesregierung.

Wenig hat gefehlt und ...

Trotzdem war diese Volksabstimmung ein großer Erfolg, weil sie den starken Mitbestimmungswillen der Bürgerinnen und Bürger bewiesen hat.

Dieses Ergebnis hat die SVP

gleich nach der Volksabstimmung veranlasst, eine Neuregelung der Direkten Demokratie anzukündigen.

Jetzt - eineinhalb Jahre später - liegt **ihr Vorschlag** vor. Er enttäuscht unsere Erwartungen und **respektiert in keiner Weise den Willen**, der sich in der Volksabstimmung ausgedrückt hat.

Vor allem sollten, ginge es nach der SVP, die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft keine Vorschläge mehr für eine bessere Regelung der demokratischen Rechte zur Volksabstimmung bringen dürfen.

Es werden von der SVP-Spitze **Verbesserungen vorgetäuscht** und gleichzeitig werden Regeln eingeführt, durch welche die **Mitbestimmungsrechte weiterhin totes Recht bleiben:**



... dieses Gesetz wäre jetzt in Kraft:

- **Bürgerinnen und Bürger könnten ihre Vorschläge zur Volksabstimmung bringen, ohne an Quoren zu scheitern (Initiativrecht);**
- **Sie könnten Beschlüsse der Landesregierung stoppen, bevor diese rechtskräftig werden (Vetorecht);**

So geht es sicher nicht:

- Das Beteiligungsquorum wird gestrichen, dafür wird aber eine dreimal höhere Unterschriftenzahl und eine doppelte Unterschriftensammlung verlangt.
- Volksabstimmungen über Beschlüsse der Landesregierung bleiben praktisch unmöglich.
- Der Schutz der Sprachgruppen wird so geregelt, dass von oben nicht gewünschte Volksabstimmungen verhindert werden können.

In etlichen anderen Punkten kommt die gleiche Absicht zum Ausdruck.

Wir haben es mit einem klaren Fall von Verschlechterung zu tun:

- **zum Schein verbessern**
- **in Wirklichkeit verhindern.**

Volksabstimmungen sollen in der Praxis unmöglich gemacht werden.

- **Es gäbe sinnvolle Hürden, die auch Minderheiten berücksichtigen;**
- **Die Rolle des Landtages und der Landesregierung bei der Suche nach guten Lösungen wäre gewährleistet;**
- **Es gäbe faire Verfahrensregeln;**
- **Eine objektive Information, Gleichberechtigung, Transparenz, Rechtskonformität und der Schutz von Minderheiten wären garantiert;**
- **Die Gemeinden könnten selbst landesweite Volksabstimmungen erwirken und wären so gestärkt und wirklich autonom gegenüber dem Land.**

Begründungen, Erläuterungen und den vollständigen Text unseres Gesetzesvorschlags finden Sie auf

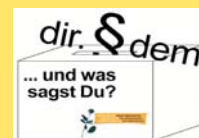
www.dirdemdi.org

Dazu sagen wir ein klares Nein und bringen jetzt unseren Gesetzesentwurf zur Direkten Demokratie - wie er 2009 von fast 115.000 Bürgerinnen und Bürgern gewollt wurde -

mit 8.000 Unterschriften, die wir zwischen März und Mitte Juni 2011 sammeln als Volksbegehren in den Landtag ! Dieser muss sich dann damit befassen.

Im Internet können Sie die Arbeiten verfolgen und Vorschläge einbringen.

In **online-Befragungen** können Sie sagen, wie Sie sich die Regeln wünschen und über Verbesserungsvorschläge abstimmen.



www.dirdemdi.org



Das Volk begehrt, was es in der Volksabstimmung 2009 entschieden hat !

Helfen Sie mit, dass es in Südtirol wirksame Volksabstimmungen geben kann!

Unterschreiben Sie das Volksbegehren

im Rathaus Ihrer Gemeinde, in den Bürgerzentren der Stadtviertel und an den Unterschriftentischen auf Straßen und Plätzen.

Termine und Orte der Unterschriftensammlung werden örtlich und auf unserer Internetseite www.dirdemdi.org bekannt gemacht oder rufen Sie uns einfach an:

Tel. 0471 324987



Soll es in Südtirol noch Volks- abstimmungen geben?

Das Volksbegehren wird von folgenden Organisationen getragen:

AGO Aut.Gewerkschaft der örtl. Körperschaften
 ALU Arbeitsgemeinschaft Lebenswertes Unterland
 Baubiologie Südtirol - gesund Bauen und Leben
 ASGB

Associazione ambiente e salute/Verein Umwelt und
 Gesundheit

attac-Südtirol / altoadige

AVS Alpenverein Südtirol

Bund Alternativer Anbauer

Bund der Genossenschaften/Lega delle Cooperative
 CGIL/AGB

Cittadinanza attiva

Dachverband für Natur- und Umweltschutz

democracy international

Filmclub

GS - Gewerkschaft der Landesbediensteten

Heimatspflegeverband

Heimatspflege Überetsch-Unterland

Heimat Brixen, Bressanone, Persenon

Ilse Waldthaler Stiftung

Lia per natura y usanzas

Mehr Demokratie e.V.

OEW Organisation für Eine Welt

Plattform Pro Pustertal

ProPolis - Pillole di democrazia

SGB/CISL

sh/asus HochschülerInnenschaft

Umweltbund/Legambiente Bozen

Umweltgruppe Bozen

Umweltschutzgruppe Vinschgau

Umweltschutzgruppe Eppan

Umweltschutzgruppe Salurn

Umweltschutzgruppe Ulten

Verbraucherzentrale Südtirol/CTCU

VKE



Ihre Unterstützung beim Ver-
 teilen von Informationsmaterial
 und an Unterschriften ist
 sehr willkommen.

**Helfen Sie uns bitte bei den Kosten
 der Kampagne zum Volksbegeh-
 ren. Mit einem Euro am Infostand.**

**Für Spenden über 50 € erhalten
 sie eine Bestätigung anhand der
 sie diese im Ausmaß von 19 % von
 der Einkommenssteuer absetzen
 können.**

**Bankverbindung: Raiffeisenkasse
 Bozen - IBAN IT53V 08081 11600
 000300010332, Kennwort: Volks-
 begehren für Direkte Demokratie**

**5 Promille für mehr Demokratie!
 Unsere Steuernummer:
 94058890214**

Herzlichen Dank!